

Niederschrift

zur 9. öffentlichen Sitzung des Seniorenbeirates
(Sitzung Nr. 4/2017)
am Dienstag, 20.06.2017,
um 17:30 Uhr im Raum Tramin (Zi.Nr. 300), Rathaus Urberach

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Frau Monika Bärwalde-Schneiders
Frau Erika Becker
Frau Eva Christ
Frau Hannelore Frehe
Herr Erhard Grams
Herr Bernd Koop
Herr Werner Mühling
Herr Thomas Paeschke
Frau Christa Rehermann
Herr Klaus-Joachim Rink
Herr Werner Rohmann
Herr Aaron von Soosten-Höllings
Frau Edith Itta
Frau Katja Merten

Es fehlen:

Herr Jörg Rotter
Herr Sven Sulzmann
Herr Christian-David Bombelka
Herr Samuel Diekmann
Herr Michael Gensert
Herr Siegfried Kupczok
Frau Sandra Seibert

entschuldigt

entschuldigt

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 2 Genehmigung der Tagesordnung
- TOP 3 Vortrag „Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetz II bei ambulanten Pflegedienste“ durch Frau Winnige von der Pflegestation Caritas in Rödermark
- TOP 4 Mitteilungen des Vorsitzenden
- TOP 5 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 6 Berichte aus den Fachausschüssen
- TOP 7 Stadtführer bzw. App für ältere und behinderte Menschen
- TOP 8 Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Koop stellt die Ordnungsgemäße Beschlussfähigkeit fest. Frau Merten übernimmt für Frau Seibert vertretungshalber die Protokollführung.

zu 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ergänzt um den Punkt Genehmigung des Protokolls. Genehmigung des Protokolls vom 09.05.2017 und ergänzende persönliche Erklärung von Herrn Rink.

Herr Rink gibt eine persönliche Erklärung zum TOP 7 des Protokolls vom 09.05.2017 ab. Das Protokoll wird genehmigt.

zu 3 Vortrag „Auswirkungen der Pflegestärkungsgesetz II bei ambulanten Pflegediensten“ durch Frau Winnige von der Pflegestation Caritas in Rödermark

Frau Winnige gibt einen Überblick über die Veränderungen durch das Pflegestärkungsgesetz II gegenüber den vorherigen gesetzlichen Grundlagen in der Pflege. Die Präsentation wird Frau Winnige als Anhang an das Protokoll zur Verfügung stellen. Sie sieht im Pflegestärkungsgesetz II eine Besserstellung vieler Betroffenen, insbesondere Personen mit demenziellen Einschränkungen. Das Pflegestärkungsgesetz II bezieht sich auf 6 Teilbereiche des Lebens, die mit unterschiedlicher Gewichtung bei der Feststellung des Pflegegrades mit einfließen. Maßgeblich für die Bemessung der Pflegebedürftigkeit ist der Grad der Selbständigkeit des zu Pflegenden. Hierfür sind 4 Stufen angesetzt, um den Grad der Selbständigkeit festzulegen. Bis Ende 2016 gab es 3 Pflegestufen. Jetzt gibt es 5 Pflegegrade. Je höher der Pflegegrad durch den Gutachter eingeschätzt wurde, desto unselbständiger ist die zu pflegende Person. Personen, die bereits eine Pflegestufe in der Vergangenheit hatten, können sich nicht verschlechtern. Ihre Pflegestufe wird in den neuen Pflegegrad überführt ohne eine erneute Begutachtung. Demenziell erkrankte Personen mit Pflegestufe werden automatisch zwei Pflegegrade höher gestuft. Besonders die Gruppe der demenziell erkrankten Personen profitieren durch die gesetzlichen Veränderungen. Sie konnten bis 2016 nur Pflegestufe 0 erhalten. Sie erhalten nun Pflegegrad 2. Personen, mit Pflegegrad 1 steht der Entlastungsbetrag von monatlich 125,00 EUR zur Verfügung. Es handelt sich um Personen, die noch über eine hohe Selbständigkeit verfügen, aber dennoch den Pflegegrad 1 erreichen.

Frau Winnige weist daraufhin, dass der Entlastungsbetrag von 125,00 EUR mittels Quittung nachgewiesen werden muss und nur durch einen offiziellen Dienst erbracht werden darf. Hier nennt sie als Beispiel die Unterstützung durch Alltagshelfer. Die Quittungen können gesammelt werden und bis Juni im Folgejahr bei der Pflegekasse eingereicht werden. Pflegehilfsmittel wie Inkontinenzmaterial wird separat mit der Pflegekasse abrechnet und betreffen weder die Pflegesachleistungen noch das Pflegegeld. Frau Winnige weist auf die Pflegeberatung hin, die nun zweimal im Jahr in Anspruch genommen werden kann. Frau Bärwalde-Schneiders fragt, ob die Pflegebe-

ratung auch Auswirkung auf den Pflegegrad hat. Es handelt sich um ein unabhängiges Beratungsangebot und soll den zu Pflegenden und dessen Angehörige unterstützen. Frau Bärwalde-Schneiders berichtet, dass durch die Gesetzesveränderung sich die Bewertungskriterien verändert haben und das Verfahren schneller abgeschlossen werden kann. Frau Rehermann berichtet von einem Fall, einer an Parkinson erkrankten Person, die schon vor Abschluss des Begutachtungsverfahrens verstorben sei. Frau Wennige stellt die Verhinderungspflege und die Kurzzeitpflege vor und deren verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten. Frau Wennige stellt fest, dass der Mensch mit seinen Fähigkeiten und Ressourcen im Vordergrund steht. Frau Rehermann bezweifelt dies und vertritt die Auffassung, dass das neue Gesetz nur das Ziel hat, Kosten der Pflege einzusparen. Frau Wennige stellt fest, dass das neue Gesetz Vereinfachungen mit sich bringt und mehr Möglichkeiten bietet. Frau Frehe möchte wissen, ob eine Pflegeberatung jederzeit möglich ist? Für die Pflegeberatung muss ein Antrag bei der Pflegekasse gestellt werden. Allgemeine Pflegeberatung bietet in erster Linie die Stadt Rödermark. Die Caritas bietet auch im Vorfeld auf Anfrage eine allgemeine Beratung zur Pflege an. Herr Rink findet, dass es wichtig ist, sich die Auswirkungen des Gesetzes in einem Jahr noch mal anzuschauen. Erst dann kann man eine Bilanz ziehen. Herr Peschke merkt an, dass es sich um gesetzlich verankerte Leistungen handelt, die man auch bei leeren Kassen nicht kürzen kann. Frau Bärwalde-Schneiders sagt, dass viele Betroffene nicht über ausreichend Informationen über Pflegeleistungen verfügen und sich auch nicht entsprechend informieren. Herr Soosten-Höllings merkt an, dass man sich bereits im Rahmen der Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung mit dem Thema Pflege auseinandersetzen muss. Herr Koop sagt, dass jeder eine Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht haben sollte. Frau Wennige merkt an, dass eine Vorsorgevollmacht und eine Patientenverfügung jederzeit angepasst werden kann. Frau Frehe schlägt vor, das Original immer zu Hause abzulegen und nur Kopien weiterzugeben, da dann eine Anpassung unkomplizierter möglich ist. Herr Kern merkt an, dass eine Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht in jedem Alter sinnvoll ist. Herr Koop erklärt den Begriff der Pflegebedürftigkeit. Die Einschränkungen, die eine Pflege erfordern, müssen dauerhaft bestehen, das bedeutet mehr als 6 Monate. Herr Koop berichtet, dass der Pflegestützpunkt seine Arbeit zum 01.08.2017 im Kreishaus in Dietzenbach aufnehmen wird. Frau Bärwalde-Schneiders merkt an, dass der Kreis Offenbach als letzter Landkreis dieses Angebot eingeführt hat. Frau Rehermann fragt, ob die Beratung auch die Beratung zu der Einstufung in Pflegegrade umfasst. Herr Koop antwortet, dass dies nicht Bestandteil der Beratung ist. Hier ist die Überprüfung des Pflegegutachtens eine gute Basis. Frau Merten teilt mit, dass auch ein Vertreter der Krankenkasse dem Beraterteam angehört. Frau Frehe möchte wissen, wo sie Widerspruch einlegen kann. Herr Koop sagt, dass dies bei den Pflegekassen eingereicht werden muss. Frau Wennige empfiehlt keinen Widerspruch einzulegen, sondern nach einem halben Jahr einen Neuantrag zu stellen. Frau Bärwalde-Schneiders sieht dies als vereinfachtes Verfahren. Frau Wennige teilt mit, dass auch Menschen aus der Pflege herausgefallen seien. Menschen, die nicht pflegebedürftig sind, aber in einem Altenheim leben. Die Kosten werden nicht mehr übernommen. Es gibt aber einen Bestandsschutz für Altfälle. Nicht nur die Leistungen haben sich maßgeblich verändert, sondern auch die Begutachtung. Frau Wennige soll in 1,5 Jahren nochmals eingeladen werden, um ein Fazit ziehen zu können.

Frau Wennige bedankt sich für die Aufmerksamkeit und verlässt die Sitzung, da sie noch einen Folgetermin wahrnehmen muss.

zu 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Koop informiert über den Pflegestützpunkt.

Er stellt fest, dass Herr Sulzmann bisher an keiner Sitzung des Seniorenbeirates teilgenommen hat. Seine Vorgängerin, Frau Beldermann, habe regelmäßig teilgenommen.

Herr Kopp kritisiert, die Vorbereitung des Magistrates, zur Bürgerversammlung zum Thema Straßenbeitragssatzung. Weitere Informationen zu dem Thema seien nun vertagt worden

zu 5 Mitteilungen des Magistrats

Herr Kern nimmt Stellung zur Straßenbeitragssatzung. Für die Straßen, die grundhaft erneuert werden müssten, sind noch keine Kosten bekannt. Der eingeladene Experte hat Beispiele genannt. Es handelt sich um niedrige dreistellige Beträge für Ober-Roden. In Messenhausen sind die Beiträge höher, aber die Zahlen, die derzeit kursieren, wie 10.000 oder 20.000 EUR sind nicht realistisch. Es wird zu diesem Thema eine erneute Bürgerversammlung am 04. Oktober 2017 geben. Das Thema Straßenbeitragssatzung kann auch noch mal vertagt werden, wenn noch Informationen bis zu diesem Zeitpunkt fehlen. Möglicherweise gibt es bei den Beiträgen eine Obergrenze, so wie in Langen. Die Stellungnahmen der Fraktionen zu dem Thema stehen auch noch aus. Frau Rehermann meint, dass Rechenbeispiele doch bekannt sein müssten. Herr Kern entgegnet, dass es die gibt. Frau Rehermann fragt, wo denn das Minimum der zu erwartenden Kosten liegt. Herrn Kern nimmt wie folgt Stellung: Die Grundstücksgröße spielt eine Rolle, sowie die Grundstückslänge. Desto länger die Straße, desto höher die Beiträge. Gewerbetreibende zahlen 30 % mehr. Herr Paeschke verweist auf einen Bericht zu der Thematik vom ADAC im Heft 08/2012. Herr Grams merkt an, dass die Straße doch durch die Autos genutzt wird. Herr Kern teilt mit, dass die Anzahl der Autos nicht maßgeblich ist. Herr Rink sagt, er hat 5 Autos, aber fährt immer nur ein Fahrzeug. Herr Kern sagt, es sind nur Gemeindestraßen betroffen. Alle Anlieger eines Abrechnungsgebietes werden belastet. Frau Rehermann möchte wissen, welche Auswirkungen die Geschosshöhe hat. Herr Kern antwortet es geht um Ausnutzbarkeit. Man muss es noch beleuchten.

Herr Koop fragt nach den Plänen zur Stadtentwicklung von AL und CDU. Wird eine Stadtentwicklungskommission notwendig sein. Herr Kern berichtet folgendes: In Hessen entstehen bis 2030 184.000 neue Wohnungen. 27.300 davon im Landkreis Offenbach. In Rödermark 1.100 Wohnungen. Herr Koop merkt an, dass aber noch 1870 Wohnungen bis 2030 fehlen. Es sind nur hochpreisige Wohnungen verfügbar. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum wird auch von den anderen Beiräten thematisiert. Herr Kern teilt mit, dass es 2 Anträge gibt zum Thema sozialer Wohnungsbau. In der Odenwaldstraße entstehen 160 neue Wohnungen. In der Kapellenstraße entstehen 70 – 80 Wohnungen. In den letzten 10 Jahren sind 1.200 neue

Wohnungen in Rödermark entstanden. 16 Wohnungen in der Odenwaldstraße werden als Sozialwohnungen deklariert. Es gibt noch Flächen an der Kinzigstraße und Im Bienengarten, aber die sind zunächst zurückgestellt. Es wird eine Bürgeranhörung zum Rödermarkplan geben. Für das Gewerbe stehen Flächen in der Kapellenstraße und am Rödermarkring zur Verfügung. Die Duldung des Kreises für das Gelände der Firma Rügerner werden wir prüfen. Näheres gibt es erst nach der Bürgerbefragung zu berichten. Herr Rink merkt an, dass Rodgau größer ist, und daher mehr Stadtgebiet hat, um neue Wohngebiete zu erschließen.

Frau Itta stellt das Projekt Urban Gardening vor, dass im Rahmen des Mehrgenerationenhaus Programm gestartet wurde. Frau Christiane Rasmussen betreut das Projekt. Es gibt 23 Parzellen auf dem ehemaligen Gelände der Helene-Lange-Schule. Eine Parzelle wird durch den Ausländerbeirat bewirtschaftet. Frau Itta berichtet, dass eine hohe Nachfrage vorhanden ist. Ziel des Projektes ist es gemeinsam zu gärtnern. Am Gelände sind Toiletten und ein Wasseranschluss vorhanden. Ein Gerätehaus wird entstehen, dort werden die Gartengeräte gelagert. Sie werden von der Stadt gestellt und gemeinsam genutzt. Die Auftaktveranstaltung ist am 30.06.2017 um 15:00 Uhr mit einer Kräuterpflanzaktion.

Frau Bärwalde-Schneiders fragt nach dem Restaurant am Bahnhof. Herr Kern berichtet, dass es langwierige Verhandlungen gibt. Der Betreiber hat 2 Angebote, aber das zweite Angebot erscheint sinnvoller. Es gehe dabei auch um die Versorgung mit Snacks für Reisende. Es wird einen Ortstermin geben. Frau Becker gibt an, dass die Einrichtung durch den Pächter gestellt werden müsse. Herr Kern erklärt, dass der Betreiber die Grundausstattung der Küche zur Verfügung stellen wird.

Herr Koop regt an, in der Rodau eine Wassertretanlage zu bauen. Herr Kern findet die Idee sehr gut. Herr Koop spricht sich für einen Bewegungsparcour für Senioren aus. Frau Merten verweist auf das Angebot, das bei dem Bauprojekt Liberty entsteht und will dort Erfahrungswerte sammeln.

zu 6 Berichte aus den Fachausschüssen

Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie:
Herr Paeschke berichtet, dass über die grüne Mitte gesprochen worden ist und das Thema Wohnungsbau. Das Thema Sammelcontainer wurde ebenfalls besprochen. Am 07.06 wurde über den Rödermarkplan gesprochen.

Ausschuss für Soziales:
Frau Frehe berichtet, über die Verhandlungen zur Städtepartnerschaft mit der Stadt Hekimhan. Die FDP sprach sich für einen Abbruch der Verhandlungen aus. Zwei Anträge zu dem Thema stehen noch aus. Die AL und die CDU wollen die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit zurückstellen. Die FDP hat infolgedessen ihren Antrag entsprechend verändert.

Es wurde darüber gesprochen, zukünftig auf Kindertagesstätte- und Hort Gebühren verzichten zu wollen.

Es wurde eine Vorlage besprochen für die Einrichtung eines 3-gruppigen

Kindertagesstätte á 17 Kindern.

Herr Rohmann berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss:
Es gibt eine Anfrage zu Suiziden bei älteren Menschen von der SPD. Der Ausländerbeirat forderte ein Bekenntnis zu den Menschen in Hekimhan. Es wurde über Traustätten in Rödermark gesprochen. Der Ausländerbeirat regte an, dass auch Trauungen in der Kelterscheune durchgeführt werden. Viele türkischstämmige Familien sind sehr groß und das bisherige Trauzimmer im Rathaus Ober-Roden ist zu klein für diese Gesellschaften. Der Ausländerbeirat ist in die Räumlichkeiten der FDP Fraktion eingezogen. Die FDP Fraktion benötigt den Raum nicht mehr. Zum Bücherschrank gibt es keine neuen Erkenntnisse. Die Stadt hat eine Belohnung von 1000 EUR ausgesetzt für sachdienliche Hinweise zur Ermittlung des Täters. Es wird über darüber nachgedacht, eine Videoüberwachung am Bücherschrank zu installieren. Dies war bereits Thema im Präventionsrat. Herr Kern merkt an, dass die Polizei vor 1, 5 Jahren davon abgeraten hatte.

zu 7 Stadtführer bzw. App für ältere und behinderte Menschen

Vertagt

zu 8 Verschiedenes

Frau Itta verteilt die Zusammenfassung der MACH MIT Rückmeldungen zum Thema Sauberkeit und Ideen für ein schöneres Rödermark. Dieses Schreiben wird dem nächsten Protokoll zusätzlich angefügt.
Ende August sollen Pflegeheime in Rödermark durch den Seniorenbeirat besucht werden.

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Katja Merten
stellv. Schriftführerin



Vorsitzender